



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

FÜR EIN KINDERGERECHTES

DEUTSCHLAND!



2

initiiieren!

Themenheft 2 für kindergerechte Kommunen

Inhalt

Konkret: Wer viel bewegen will, muss viele mitnehmen!

4

Praktisch: Mit Schirm, Charme und Methode

8

Kompakt: Wer A sagt, muss auch B planen

10

Fundiert: „Erst im Zusammenspiel entstehen neue Chancen“

11

Immer dabei: unsere praxisnahen Publikationen

Wie wird Ihre Kommune noch kinder- und jugendgerechter? Indem Sie Akteurinnen und Akteure aus unterschiedlichsten Fachbereichen zusammenbringen und komplexe Veränderungsprozesse initiieren und begleiten. Wie das gelingt, zeigen die Praxisbeispiele und Hintergrundinformationen in diesem Themenheft. Indem Sie junge Menschen früh und umfassend beteiligen (Themenheft 1: „beteiligen!“). Indem Sie Entscheiderinnen und Entscheider überzeugen, die positiven Effekte von Kindergerechtigkeit für Ihre Kommune zu nutzen (Themenheft 3: „nutzen!“). Und indem Sie sich von engagierten Menschen und starken Ideen inspirieren lassen (Magazin „immer dabei“). Bestellen Sie unsere Publikationen jetzt kostenfrei unter www.kindergerechtes-deutschland.de.



initiieren!

Themenheft 2 für kindergerechte Kommunen



*Auf der Suche nach der
gemeinsamen Ausrichtung*

Wer viel bewegen will, muss viele mitnehmen!

Kinder- und Jugendgerechtigkeit berührt alle kommunalen Politikbereiche. Wer sich wirksam für Kinder und Jugendliche einsetzen möchte, ist darum auf die Mitarbeit und Unterstützung vieler Akteurinnen und Akteure aus Politik, Verwaltung und Gesellschaft angewiesen. Ein Rundgang durch vier Städte, die im Rahmen der Initiative „Für ein kindergerechtes Deutschland“ begleitet und beraten wurden, zeigt, wie Veränderungen erfolgreich angestoßen und umgesetzt werden können.

Ende 2008 passierte in **Meckenheim** genau das, wovon Jugendämter, freie Träger, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter „albträumen“: Ein negativer Anlass überlagerte die jahrelange Arbeit, die vielen kleinen Schritte und Erfolge der Jugendarbeit. Was war geschehen? Am Abend des 1. November 2008 brannte die Sporthalle in der eigentlich so beschaulichen Gemeinde bei Bonn.

Die Brandstiftung durch Jugendliche war der Höhepunkt einer über die Jahre stetig gestiegenen Jugendkriminalität. Die städtische Jugendarbeit stand in der Kritik. Von der Stadträtin über den Streetworker bis zum Schulleiter war allen klar: Wir müssen gemeinsam neue Wege in der Jugendarbeit beschreiten. Jörg Lewe, Jugendhilfeplaner im Jugendamt Meckenheim, erinnert sich dennoch gut an die anfängliche Skepsis: „In der Kinder- und Jugendarbeit sind viele aktiv, jeder mit dem Anspruch, ‚seine‘ Kinder und Jugendlichen mit ‚seinen‘ Angeboten am besten zu versorgen“. Die Herausforderung bestand also darin, alle öffentlichen und freien Träger an einen Tisch zu bekommen, um miteinander bestehende Angebote auf den Prüfstand zu stellen und künftige Maßnahmen enger aufeinander abzustimmen. „Das gelingt nur, wenn sich niemand benachteiligt oder ausgeschlossen fühlt. Ein offener und transparenter Umgang ist absolut entscheidend“, betont Lewe. Diesen Umgang scheinen die Meckenheimerinnen und Meckenheimer gefunden zu haben: Seit dem großen Brand hat die Stadt unter anderem ein Rahmenkonzept für die offene Kinder- und Jugendarbeit entwickelt, ein aufsuchendes sportpädagogisches Projekt gestartet und eine Jugendbefragung durchgeführt. **Meckenheim zeigt: Herausforderungen brauchen starke Netzwerke.**

Dass es neben gemeinsamen Zielen auch eines professionellen Projektmanagements bedarf, wird in **Frankfurt** deutlich. Die Mainmetropole will Familienstadt Nummer 1 werden. Ein Baustein: das Pilotprojekt „Frühe Prävention und Hilfen“ im Stadtteil Frankfurter Berg. Hier wurde 2009 auf Initiative des Hauses der Volksarbeit e.V. ein Familiennetzwerk gegründet, dessen Drehscheibe ein Familientreff ist. Entscheidend für den Erfolg war von Beginn an die enge Zusammenarbeit zwischen dem Jugend- und Sozialamt, dem Deutschen Kinderschutzbund, dem örtlichen Regionalrat, dem Haus der Volksarbeit – und vor allem mit vielen Ehrenamtlichen und Familien im Stadtteil. Denn Kernanliegen des Projektes ist die Stärkung nachbarschaftlicher und familienfreundlicher Strukturen. Gerade in der trägerübergreifenden Zusammenarbeit lag aber auch die besondere Herausforderung, betont Barbara Stillger, Leiterin des Zentrums Familie im Haus der Volksarbeit: „Viele Akteurinnen und Akteure, viele Interessen und viele Ansprüche mussten wortwörtlich unter ein gemeinsames Dach gebracht werden. Das erfordert ein Höchstmaß an Kommunikation und Moderation.“ Das Servicebüro „Für ein kindergerechtes Deutschland“ unterstützte die Projektgruppe bei der Projekt-, Zeit- und Aufgabenplanung, moderierte wichtige Gespräche und Sitzungen, die dazu beitrugen, Vernetzungen im Stadtteil zu fördern und Skeptiker einzubinden. **Frankfurt zeigt: Je mehr Beteiligte, desto entscheidender das Projektmanagement.**

Neben dem Management ist auch das Gespür fürs Gegenüber entscheidend. Die Stadt **Hannover** setzt sich für eine engere Zusammenarbeit der Hannoveraner Bildungsträger ein, um die Lern- und Lebenschancen aller Kinder zu verbessern. Dieter Wuttig, Leiter des Fachbereichs Bildung und Qualifizierung der Stadt, will dazu die Kraft der Kultur nutzen: „Musik, Gestaltung, Sprache und Bewegung sind starke Impulse, durch die Kinder sich und ihre Potenziale entdecken.“ Kulturelle Bildung als Gemeinschaftsaufgabe aller Bildungsinstitutionen zu etablieren, wird modellhaft im Stadtbezirk Ricklingen erprobt. Hier entwickeln sich bereits Kooperationen zwischen Kindertagesstätten, Stadtteilkulturarbeit, Musikschule und Theaterpädagogischem Zentrum. Dass dieses neue Zusammenspiel nicht von Beginn an harmonisch laufen würde, war Wuttig bewusst: In der heterogenen Trägerstruktur der Kitas hat die Stadt keine Personalhoheit. Es gilt also, freie Träger zu überzeugen, unterschiedliche Welten zusammenzubringen, Erzieherinnen und Erzieher die Skepsis gegenüber Kunst zu nehmen und einen hierarchiefreien Austausch zwischen Erziehungspersonal, Pädagoginnen und Pädagogen sowie Akademikerinnen und Akademikern zu ermöglichen. Wuttig versteht sich in diesem sensiblen Prozess als Dirigent auf Augenhöhe, der mit einer attraktiven Idee auf die Kitas zugeht, um diese gemeinsam mit ihnen weiterzuentwickeln. Zudem hat er ein wenig Zuckerbrot zur Hand: Die Stadt unterstützt Fortbildungen der Erzieherinnen und Erzieher und finanziert die kulturellen Angebote. Ob das „Vitamin K“ die gewünschte Wirkung entfaltet? Eine wissenschaftliche Begleitung nimmt dies ab 2011 in den Blick. Wuttigs nächstes Ziel: Mithilfe kultureller Bildungsangebote auch die Zusammenarbeit zwischen Kindertagesstätten und Schulen zu intensivieren. Der Stadtteil Ricklingen ist also nur die erste Orchesterprobe. **Hannover zeigt: Veränderungen gelingen durch Sensibilisierung, Zusammenarbeit und Qualifizierung.**

Gerade wer Angebote qualitativ weiterentwickeln und systematisieren will, muss darauf bedacht sein, sich nicht zu verzetteln. Im März 2010 erteilte der Gemeinderat in **Karlsruhe** den Auftrag, ein Gesamtkonzept zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu erarbeiten. Dazu hat sich ein Arbeitskreis aus Jugendamt, Sozialem Dienst, Kinderbüro und Stadtjugendausschuss gegründet. Die Voraussetzungen in der UNICEF-Kinderstadt 2010 sind gut: Kinderanliegen stehen auf der politischen Agenda. Kinderinteressen werden ämterübergreifend bearbeitet. Instrumente wie die Spielleitplanung, Jugendforen oder Kindersprechstunden beim Sozialbürgermeister sind etabliert. Mit der Formulierung eines Gesamtkonzepts soll nun der nächste Schritt getan und Kinder-

und Jugendbeteiligung als fester Bestandteil in kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse integriert werden. Doch Dr. Frauke Zahradnik, Leiterin des Karlsruher Kinderbüros, warnt vor unrealistischen Erwartungen: „Gerade weil wir in Karlsruhe schon so viel tun, müssen wir sehr genau darauf achten, uns nicht zu übernehmen und zwischen Wunsch und Wirklichkeit zu unterscheiden.“ Entspricht die Forderung nach einem Jugendstadtrat den Anforderungen einer kleinräumigen und niedrigschwelligen Beteiligungsarbeit? Sollen Schulen als Partner gewonnen werden oder ist die Zusammenarbeit mit städtischen und freien Trägern Erfolg versprechender? Sollen feste Veranstaltungen fortgeführt oder flexible, kleine Events gefördert werden? Der Arbeitskreis muss Prioritäten setzen: Ende 2010 stellt er seine Beschlussvorlage im Jugendhilfeausschuss vor. **Karlsruhe zeigt: Veränderungsprozesse erfordern die Konzentration auf das Wesentliche und Machbare.**

Und was zeigen alle vier Beispiele? Veränderungen lassen sich nicht einfach verordnen. Wer Dinge bewegen will, muss Menschen bewegen. Dabei helfen gemeinsame Interessen, klare Verfahren, überzeugende Angebote und realistische Ziele. Wie Veränderungsprozesse ganz praktisch gelingen, lesen Sie auf den nächsten Seiten.

Mit Schirm, Charme und Methode

Wer Vorhaben für mehr Kindergerechtigkeit mit Engagement initiiert und mit Gespür steuert, kann in seiner Kommune viel bewirken (Interview ab Seite 11). Ein Streifzug durch einige Beratungsprojekte der Initiative „Für ein kindergerechtes Deutschland“ hat gezeigt, wie Prozesse in der Praxis erfolgreich angestoßen und begleitet werden können (ab Seite 4). Daraus lassen sich Tipps für die kommunale Praxis ableiten:

Zusammenbringen! Veränderungsprozesse brauchen engagierte Mitstreiterinnen und Mitstreiter. Damit Sie diese gewinnen, müssen Sie

- gemeinsame Interessen unterstreichen: Die liegen unter anderem im fachlichen Austausch, in der Nutzung von Synergien, der Entwicklung neuer Ideen, der wirksamen Vertretung gemeinsamer Anliegen und damit der Aufwertung und Sicherung der eigenen Arbeit;
- einen arbeitsfähigen Kreis einberufen: Wählen Sie die Personen nicht primär qua Amt, sondern qua Expertise und Einsatzbereitschaft aus. Achten Sie auch auf die passende Größe: Mit acht bis zwölf Personen lässt es sich erfahrungsgemäß am besten arbeiten;
- realistische Ziele vereinbaren: Definieren Sie gemeinsam Kernanliegen, um Überforderung und Frustration zu vermeiden. Konzentrieren Sie sich zunächst auf ein Modellprojekt oder einen

Teilaspekt und ziehen Sie daraus dann Schlüsse für die nächsten Vorhaben;

- ihr informelles Begleitnetzwerk pflegen: Die regelmäßige Information von Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträgern außerhalb Ihres Arbeitskreises oder deren gezielte punktuelle Einbindung vermeidet, dass sich Personen oder Institutionen ausgeschlossen fühlen.

Kommunizieren! Veränderungsprozesse brauchen gegenseitiges Verständnis und Vertrauen. Dies entsteht, wenn Sie

- sich auf Augenhöhe begegnen. Betrachten Sie Aspekte mit der Brille Ihrer Kooperationspartner. Brechen Sie offene und versteckte Hierarchien auf, in dem Sie alle Beteiligten aktiv einbeziehen. Stellen Sie Fragen. Klären Sie die Erwartungen, Interessen und Motive. Schätzen Sie das Fachwissen aller Akteurinnen und Akteure. Dann entwickelt sich schnell ein echtes Gefühl für die Aufga-

benbereiche der jeweils anderen;

- attraktive Angebote schaffen: Für alle Beteiligten bedeutet die Zusammenarbeit zunächst einmal Zusatzaufwand. Bieten Sie darum sichtbaren Nutzen oder spürbare Entlastung für Ihre Partner an – zum Beispiel ein Fachinput, eine Fortbildungsmaßnahme, eine öffentlichkeitswirksame Aktion oder die kostenlose Nutzung städtischer Infrastruktur;
- Konflikte thematisieren: Trotz gemeinsam formulierter Anliegen verfolgen die Beteiligten immer auch Einzelinteressen. Darum darf sich im gesamten Prozess niemand benachteiligt oder ausgeschlossen fühlen. Sprechen Sie Interessenkonflikte an und suchen Sie in der Runde oder in Zweiergesprächen nach Lösungen.

Steuern! Veränderungsprozesse brauchen professionelles Projektmanagement. Dazu gehören

- eine hohe Verbindlichkeit: Stellen Sie Ziele, Zeiträume und Arbeitsaufwände des gesamten Prozesses dar. Formulieren Sie Ihre Erwartungen an die Teil-

nehmenden und schließen Sie klare Vereinbarungen. Protokollieren Sie die Ergebnisse einzelner Arbeitstreffen und verteilen Sie „Hausaufgaben“, um auch die Zeit zwischen einzelnen Treffen zu nutzen. Definieren Sie Meilensteine, an denen Sie überprüfen können, ob Sie noch auf dem richtigen Weg sind;

- eine kompetente Moderation: Ziehen Sie ggf. eine externe Prozessbegleitung hinzu. Mit konstruktivem Blick von außen, Methodenkompetenz und -vielfalt sowie Unabhängigkeit können externe Moderatorinnen und Moderatoren kritische Hinweise geben, Ergebnisse präzise dokumentieren, Arbeitsaufträge gleichmäßig verteilen, auf die Einhaltung von Zeitplänen und Spielregeln achten – und Sie in Ihrer Rolle der Projektleiterin bzw. des Projektleiters entlasten;
- ausreichende Ressourcen: Die Kommune sollte als koordinierende und treibende Kraft die Prozessverantwortung übernehmen. Dazu zählt auch, bereits in der Planungsphase das nötige Personal und ggf. Finanzen zur Verfügung zu stellen.

Kompetent begleitet

Kommunen kommt bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans für ein kindergerechtes Deutschland eine besondere Rolle zu: Sie gestalten die Lebens-, Frei- und Entscheidungsspielräume von Kindern und Jugendlichen maßgeblich mit. Bei der Initiative „Für ein kindergerechtes Deutschland“ wurde deshalb ein besonderer Schwerpunkt auf die Unterstützung vorbildlicher Vorhaben in

Landkreisen, Städten und Gemeinden gelegt. 30 Kommunen wurden zwischen 2008 und 2010 bei Vorhaben zur nachhaltigen Etablierung von Kinder- und Jugendgerechtigkeit als kommunaler Querschnittsaufgabe begleitet und beraten. Daraus ergaben sich wertvolle praktische Anregungen für andere Kommunen: www.kindergerechtes-deutschland.de/beratung.

Wer A sagt, muss auch B planen

Kindergerechtigkeit ist eine echte Querschnitts-Herausforderung: Über mehrere Hierarchiestufen oder Fachbereiche verteilte Zuständigkeiten, unterschiedliche Interessen, Perspektiven und Fachjargons sowie die hohe Arbeitsbelastung aller Beteiligten im Tagesgeschäft erfordern eine systematische Prozesssteuerung. Die einzelnen Schritte von der Zielklärung bis zur Ergebnissicherung illustriert unsere Grafik:

Planungszyklus für fachbereichsübergreifende Projekte

Phase	Ziele und Aufgaben
Vorbereiten	<ul style="list-style-type: none"> • Ziele und Anliegen genau definieren • Klaren Arbeitsauftrag einholen • Wichtige Teilnehmerinnen und Teilnehmer sowie Fürsprecherinnen und Fürsprecher identifizieren • Möglichkeiten der Kinder- und Jugendbeteiligung prüfen
Aktivieren	<ul style="list-style-type: none"> • Die entscheidenden Beteiligten informieren und sensibilisieren • Attraktive Auftaktveranstaltung konzipieren und ansprechende Einladung formulieren • Öffentlichkeitsarbeit starten
Arbeiten	<ul style="list-style-type: none"> • Drei bis vier Arbeitstreffen stringent moderieren • Ziele und Erwartungen klären • Zuständigkeiten, Aufgaben und Termine festlegen • Hausaufgaben verteilen, Zwischenschritte einbauen • Wann immer möglich: punktuell Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger einbinden und informieren
Sichern	<ul style="list-style-type: none"> • Zwischenergebnisse protokollieren • Ergebnisse kompakt präsentieren (vor Rat, Verwaltung, Bürgermeisterin bzw. Bürgermeister) • Klare Beschlussvorlage formulieren • Die Öffentlichkeit informieren
Ausblicken	<ul style="list-style-type: none"> • Abschlussevent mit Außenwirkung veranstalten • Bisherige Maßnahmen auswerten, mit Feedback-Bogen die Arbeit der Projektgruppe auswerten • Nächste Schritte definieren

„Erst im Zusammenspiel entstehen neue Chancen“

Interview mit Irmgard Nolte

Irmgard Nolte, Geschäftsführerin der Kommunikationsagentur neues handeln, im Gespräch über Chancen und Herausforderungen von kommunalen Veränderungsprozessen.

Frau Nolte: Die Initiative „Für ein kindergerechtes Deutschland“ hat einen besonderen Schwerpunkt auf die Beratung von Kommunen gelegt. Weshalb?

Weil Kinder- und Jugendgerechtigkeit auf der lokalen Ebene konkret wird: in der Familie, der Nachbarschaft, der Tageseinrichtung, der Schule, im Verein, im Gesundheits-, Familien- oder Jugendzentrum, im städtischen Verkehrs- und Bauausschuss oder im Stadtplanungsamt. Aber erst aus dem kreativen Zusammenspiel all dieser kommunalen Akteure entstehen echte Chancen für die Gestaltung kinder- und jugendgerechter Lebensbedingungen.

Wie sind Sie bei der Beratung der Kommunen vorgegangen?

Im Fokus stand für uns der Aufbau nachhaltiger und ressortübergreifender Strukturen und Netzwerke. Wir wollten Kommunen dabei unterstützen, Kinder- und Jugendgerechtigkeit als kommunale Querschnittsaufgabe zu stärken und zu verankern. Unabhängig vom Beratungsprojekt und -thema erstreckte sich unsere Prozessbegleitung in der Regel über sechs bis acht Monate und drei bis vier Workshops. Meist waren acht bis zehn Personen aus verschiedenen Verwaltungsbereichen, aus der Politik und von freien Trägern beteiligt.

Eine zeitlich begrenzte Begleitung kann sicher nur ein erster Anstoß sein? Richtig, aber ein wirksamer. Der klar umrissene Zeitraum und Aufwand sowie die überschaubare Größe und interdisziplinäre Zusammensetzung der Projektgruppen haben sich als sehr tragfähig für ein zielorientiertes und effizientes Zusammenarbeiten erwiesen.

Insgesamt haben Sie, Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 30 Kommunen begleitet. Verliehen deren Vorhaben erfolgreich?

In den allermeisten Fällen ja: Kindergerechtigkeit wurde von den Beteiligten als wichtige kommunale Aufgabe erkannt. Unterschiedliche Fachbereiche innerhalb und außerhalb der Verwaltung haben engagiert und teils zum ersten Mal zusammengearbeitet, zukunftsweisende Konzepte entwickelt und – ganz wichtig – verbindliche Beschlüsse gefasst. Vielerorts sind amtsübergreifende Netzwerke und verlässliche Verfahren entstanden – und damit ein hohes Maß an Nachhaltigkeit.

Worauf müssen Kommunen achten, wenn sie Veränderungsprozesse für mehr Kindergerechtigkeit anstoßen?

Der Querschnittscharakter und der damit verbundene verwaltungsinterne Abstimmungsbedarf erfordern professionelles Projektmanagement und stringente Prozesssteuerung: Zunächst muss man sich in der Vorbereitungsphase unbedingt die nötige Zeit nehmen. Von der Idee bis zum Start eines Vorhabens kann nicht selten ein Jahr vergehen, bis alle relevanten Entscheiderinnen und Entscheider in Politik und Verwaltung einbezogen und überzeugt sind. In dieser Phase gilt es, den Auftrag, die Ziele, die Zuständigkeiten und den Projektverlauf genau zu klären. Was man hier an Zeit investiert, spart man später um das Mehrfache.

Am besten ist es natürlich, wenn ein konkreter Arbeitsauftrag der Verwaltungsspitze oder ein politischer Beschluss für ihr Vorhaben vorliegt. Aber wer mit und für Kinder und Jugendliche arbeitet, hat sicher schon einmal gemerkt, dass man nicht immer auf „die da oben“ warten kann, wenn man etwas verändern möchte. Das muss man auch nicht, denn Projekte können auch im Bottom-up-Verfahren sehr erfolgreich angestoßen und verwirklicht werden. Entscheidend ist dann natürlich zuerst das eigene Engagement. Aber das wird nur Früchte tragen, wenn man von Beginn an auf ein hohes Maß an Verbindlichkeit hinarbeitet. Verbindlichkeit beginnt mit einer verlässlichen Projektgruppe und klaren Absprachen: Wer hat welche Erwartungen und welche Kompetenzen? Wer bringt wie viel Zeit und welchen Einsatz ein? Verbindlichkeit entsteht durch öffentlichkeitswirksame oder symbolische Aktionen wie dem Aufstellen von Warnschildern an Orten, die für Kinder gefährlich sind oder der Eröffnung einer Jugendkonferenz durch die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister. Und Verbindlichkeit wird erreicht durch die stete Information der Entscheiderinnen und Entscheider in Verwaltung und Politik.

Vor allem brauchen Veränderungsprozesse einen starken, engagierten Motor, eine Person, die sich des Anliegens annimmt und dafür die zeitlichen

– und wenn nötig finanziellen – Ressourcen zur Verfügung hat. Und damit diese Person nicht alle Rollen alleine besetzen muss, ist es ratsam, sich eine Moderation hinzuzuholen. Die muss nicht immer von außen kommen: Auch erfahrene Kolleginnen oder Kollegen aus anderen Abteilungen oder Fachbereichen können diese Aufgabe übernehmen. Das spart Kosten und stärkt kollegiale Verbindungen.

Und wann ist eine externe Unterstützung sinnvoll?

Bei unklaren Zielen, heterogenen Gruppen, schwelenden Konflikten oder wenn Bedarf an spezifischem fachlichem Input besteht. Das kann ich an unseren Beratungen illustrieren: Mal waren wir Begleiterin und Begleiter und vermittelnde Moderatorinnen und Moderatoren in komplexen Planungsprozessen. Mal wurden wir als Expertinnen und Experten zu Rat gezogen, wenn es um Öffentlichkeitsarbeit, PR oder Sponsorenansprache ging. Und bei Bedarf haben wir Profis für fachliche Inputs hinzugezogen – zum Beispiel um das Instrument der Spielleitplanung vorzustellen. Fachleute von außen werden eher gehört als die Propheten aus dem eigenen Land. Moderatorinnen und Moderatoren blicken neutral und mit Abstand auf Zusammenhänge, strukturieren kontroverse Diskussionen und achten auf die Einhaltung von Vereinbarungen – eine wertvolle Entlastung für Projektleiterinnen und -leiter.

Ihr Fazit: Prozesse für mehr Kinder- und Jugendgerechtigkeit anzustoßen, lohnt sich das für eine Kommune?

Auf jeden Fall! Ein wesentliches Ziel unserer Beratung war, die tollen Ideen und gemachten Erfahrungen praxisnah aufzubereiten und sie damit über die Laufzeit der Initiative hinaus für andere Kommunen nutzbar zu machen. Die Auswertung zeigt: Sind Veränderungen einmal angestoßen, Prozesse sauber aufgesetzt und eine strukturelle Basis gelegt, entwickeln Vorhaben eine eigene Kraft und Nachhaltigkeit. Kommunen, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen erst einmal richtig in den Blick genommen haben, verlieren sie nicht so schnell wieder aus den Augen.



Irmgard Nolte ist Geschäftsführerin von neues handeln. Die Agentur begleitete von 2007 bis 2010 die Initiative „Für ein kindergerechtes Deutschland“. Alle Beratungsprojekte und weitere Informationen finden Sie online unter www.kindergerechtes-deutschland.de.

»MEINE STADT WIRD KINDER- UND JUGENDGERECHT, WENN ...

... JEDES KIND UND JEDE BZW. JEDER JUGENDLICHE IHR BZW. SEIN POTENZIAL ENTDECKEN UND ENTFALTEN KANN – IN DER KITA, IN DER SCHULE, BEIM ÜBERGANG INS BERUFSLEBEN UND VOR ALLEM BEIM FREIEN SPIEL AUF VIELFÄLTIG NUTZBAREN FLÄCHEN IN DER STADT.<<

RAINER SCHUBERT, GESUNDHEITSAMT DER STADT BRAUNSCHWEIG

... DIE KINDER- UND JUGENDBETEILIGUNG NACHHALTIG VERANKERT IST UND DIE INTERESSEN DER KINDER UND JUGENDLICHEN BERÜCKSICHTIGT SIND. DIE BETEILIGUNG IST ZIELFÜHREND UND DIE MASSNAHMEN SIND ZEITNAH UMGESETZT. GLEICHZEITIG IST EINE HOHE GESELLSCHAFTLICHE AKZEPTANZ FÜR DIESE BELANGE VORHANDEN.<<

DOROTHEA JOHN, LEITERIN DES AMTES FÜR KINDERINTERESSEN, STADT KÖLN

... WIR ES AM LEUCHTEN DER KINDERAugEN, AM VERHALTEN DER JUGENDLICHEN UND AM ZUZUG VON FAMILIEN SEHEN, DASS DIE STADTPOLITIK EINEN GUTEN RAHMEN SETZT.<<

DR. SIEGFRIED HALLER, LEITER DES JUGENDAMTES DER STADT LEIPZIG

... ALLE BÜRGERINNEN UND BÜRGER VERANTWORTUNG FÜR DIE POSITIVE ENTWICKLUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN ÜBERNEHMEN. DENN NUR GEMEINSAM KÖNNEN WIR DIE PROBLEME DER KLEINEN UND GROSSEN LÖSEN.<<

TINO GASSMANN, KOORDINIERUNGSSTELLE NELECOM, MÜHLHAUSEN

... WENN WIR KULTURELLE BILDUNG NICHT ALS SAHNEHÄUBCHEN VON BILDUNGSPROZESSEN VERSTEHEN, SONDERN ALS DIE HEFE, DANK DER DIE INDIVIDUELLEN KOMPETENZEN DER KINDER AUFGEHEN.<<

DIETER WUTTIG, FACHBEREICHSLIETTER BILDUNG UND QUALIFIZIERUNG, STADT HANNOVER

WEITERE MATERIALIEN

KOSTENLOS ZU BESTELLEN UNTER WWW.BMFSFJ.DE

IN DER BROSCHÜRE „QUALITÄTSSTANDARDS FÜR BETEILIGUNG VON KINDERN UND JUGENDLICHEN“ FORMULIEREN EXPERTINNEN UND EXPERTEN QUALITÄTSSTANDARDS FÜR GUTE UND GELINGENDE BETEILIGUNG IN DEN PRAXISFELDERN KINDERTAGESEINRICHTUNGEN, SCHULE, KOMMUNE, KINDER- UND JUGENDARBEIT UND ERZIEHERISCHE HILFEN.



JUGENDLICHE BEGEISTERN SICH FÜR BETEILIGUNG. DAS PLAKAT (FORMAT DIN A2) WURDE VON JUGENDLICHEN MIT UNTERSTÜTZUNG ERWACHSENER ENTWICKELT. ES ZEIGT AUF JUGENDGERECHTE WEISE AUSGEWÄHLTE QUALITÄTSSTANDARDS FÜR GELUNGENE PARTIZIPATION UND SOLL Z. B. IN SCHULEN, KITAS, KINDERZIMMERN UND JUGENDZENTREN FÜR GUTE BETEILIGUNG WERBEN.

Diese Broschüre ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung; sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt.

Herausgeber:

Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend
11018 Berlin
www.bmfsfj.de

Bezugsstelle:

Publikationsversand der Bundesregierung
Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Tel.: 0 18 05/77 80 90*
Fax: 0 18 05/77 80 94*
Gebärdentelefon: gebaerdentelefon@sip.bundesregierung.de
E-Mail: publikationen@bundesregierung.de
www.bmfsfj.de

Für weitere Fragen nutzen Sie unser

Servicetelefon: 0 18 01/90 70 50**

Fax: 0 30 18/5 55 44 00

Montag–Donnerstag 9–18 Uhr

E-Mail: info@bmfsfj.service.bund.de

Einheitliche Behördennummer: 115***

Zugang zum 115-Gebärdentelefon: 115@gebaerdentelefon.d115.de

Bestellnummer: 5BR100162

Stand: 11.2010, 1. Auflage

Gestaltung: www.neueshandeln.de

Illustration auf Seite 4: Roland Bühs

Druck: Rautenberg Media & Print KG, Troisdorf



* Jeder Anruf kostet 14 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.

** 3,9 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen

*** Für allgemeine Fragen an alle Ämter und Behörden steht Ihnen auch die einheitliche Behördenrufnummer 115 von Montag bis Freitag zwischen 8.00 und 18.00 Uhr zur Verfügung.

Diese erreichen Sie zurzeit in ausgesuchten Modellregionen wie Berlin, Hamburg, Hessen, Nordrhein-Westfalen u. a. Weitere Informationen dazu finden Sie unter www.d115.de;

7 Cent/Min. aus dem deutschen Festnetz, max. 42 Cent/Min. aus den Mobilfunknetzen.